

# Ein politisches Gut in Gefahr

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) fördert den nationalen Zusammenhalt und sorgt für ein gesundes Gleichgewicht der Kräfte. Dies gelingt der KdK, weil sie – ähnlich einem Regierungskollegium – das Verbindende sucht und nicht das Trennende. Von Pascal Broulis

Unser Land ist üblicherweise wachsam. Von der Umwelt bis hin zu den Wirtschaftsinteressen wimmelt das nationale Gebäude nur so von «nötigen Sicherheitsschranken», und es fährt eher gut damit. Es ist daher verwirrend zu sehen, wie sich dieses Talent verflüchtigt. Dies vor allem dann, wenn der tiefere Sinn unserer politischen Institutionen einfach aufgegeben wird. Das ist äusserst alarmierend, denn die ursprünglichen Baupläne des schweizerischen Hauses werden damit verdreht.

## Die Seele des Hauses

Gefahr besteht nicht unbedingt in Bezug auf die Institutionen selbst – das Gebälk widersteht. In direktem Bezug mit den Bürgerinnen und Bürgern versuchen die Gemeinden von Glarus bis Lavaux zu wachsen und über Fusionen eine Grösse zu erreichen, die der tatsächlichen Ausübung ihrer Kompetenzen entspricht. Die Kantone bedienen ihre Bevölkerungen mit den Dienstleistungen, von denen man leicht vergisst, dass sie im internationalen Vergleich beneidenswert sind. Zudem bemühen sie sich, den föderalistischen Sinn zu bewahren, indem sie das Netz der interkantonalen Konferenzen konsolidieren. Parlament und Bundesrat haben angesichts der wütenden Finanzkrise ein bemerkenswertes Reaktionsvermögen unter Beweis gestellt. Welchem anderen Staat ist es schon gelungen, 2009 mit Überschüssen und Schuldenabbau abzuschliessen?

Doch trotz allem verliert das Haus seine Seele. «Konkordanz», «Konzertation», «Kollegialität» klingen darin etwas hohl, da schon viele Zimmer leer sind. Und doch sind sie das eigentliche Herz des Hauses. Ohne diese Begriffe hält nichts mehr zusammen. Die raffinierte Gesamtkonstruktion von miteinander verbundenen Korridoren und Gängen, von Macht und Gegenmacht, ist aber letztlich nutzlos. Denn das ganze Bauwerk macht nur Sinn, wenn es vom unerschütterlichen Geist des gegenseitigen Respekts und der Suche nach gemeinsamen Lösungen bewohnt ist. Es ist nicht konzipiert, um einseitigen Visionen und plakativen Verunglimpfungen während politischen Kampagnen standzuhalten. Die von der SVP aus den Archiven der Linken hervorgekramte Wahl des Bundesrats durch das Volk kommt in diesem Kontext einem Genickbruch gleich.

Man scheint zu vergessen, dass die Originalität des helvetischen Systems – was ich für seine grundlegende Stärke halte – darin besteht, Minderheiten und unterschiedliche Meinungen von Beginn eines Vorhabens an einzubinden und sie dann bei der Realisierung ebenfalls in die Pflicht zu nehmen. Im Gegenzug dazu haben diese Minderheiten ein Mitspracherecht und können auf das Geschehen Einfluss nehmen. Der Bundesrat hat die heikle Aufgabe, das Gleichgewicht auszuloten. Die Bürgerinnen und Bürger als verfassungsmässige Bewahrer des Willens zum gemeinsamen Aufbau über alle sprachlichen, konfessionellen, geografischen oder sozialen Unterschiede hinweg haben dann das

letzte Wort und müssen die Beschlüsse vor dem Hintergrund des nationalen Zusammenhalts annehmen oder ablehnen.

Doch diese Kohäsion verliert ihre Verfechter. Die Parteien, die völlig in Beschlag genommen sind von den Wahlkampagnen sowie von der Notwendigkeit sich zu profilieren – was mehr denn je dazu führt, dass man sich nicht mehr einer Idee anschliesst, die nicht aus den eigenen Reihen stammt – sind dabei, diese Basis zu untergraben, anstatt sie wiederherzustellen. In den Medien bleiben nur noch die Sportmeldungen anlässlich eines prestigeträchtigen Wettkampfs oder eines entscheidenden Spiels, um den nationalen Zusammenhalt wieder an die Oberfläche zu bringen. Der Stadionruf «Alle für die Schweiz» klingt wie ein Schimpfwort, wenn es um öffentliche Angelegenheiten geht. Selbstgeisselungen und interne Querelen geben anscheinend bessere Schlagzeilen ab. So erstaunt es denn auch nicht, dass Einzelinteressen mehr und mehr in den Vordergrund rücken.

Und trotzdem, die Kollegialität funktioniert. Das ist vielleicht nicht spektakulär, aber effizient und wirksam. Ich weiss es, da ich es jeden Tag erlebe als Mitglied und nun Präsident einer Kantonsregierung, der es gelungen ist, an einem Strick zu ziehen, um die Finanzen wieder ins Lot zu bringen, das Image des Kantons Waadt zu verbessern und die Schulden von knapp 9 auf unter 3 Milliarden Franken abzubauen. Richtig verstanden und als Kunst des Machbaren gelebt, bewährt sich diese Kollegialität auf allen Ebenen von den Gemeinden und Kantonen über die interkantonalen Konferenzen bis hin zum Bund und zur Bundesregierung.

## KdK sorgt für Zusammenhalt

Dasselbe gilt für die Konzertation, das heisst für den Dialog zwischen den Gewalten, der bei Bedarf immer wieder aufgenommen werden kann. Das beste Beispiel dafür ist die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Sie wurde 1993 als Antwort auf die Herausforderungen der zunehmenden Verflechtung der Innen- und Aussenpolitik unseres Landes gegründet und avancierte sehr schnell zu einer Ansprechpartnerin des Bundesrates. Die Gründung, die Weiterentwicklung und das heutige Funktionieren dieser Instanz der horizontalen und vertikalen Zusammenarbeit, dieses politischen Planungs- und Koordinationsinstruments widersprechen den Stimmen, die unseren Föderalismus für überholt halten. Die KdK zeigt auf pragmatische Art und Weise, dass weder die Zentralisierung der Beschlüsse noch die Nationalisierung der sachpolitischen Bereiche unabwendbar sind. Sie tut dies, ohne das Gleichgewicht ins Wanken zu bringen, auf dem der bereits erwähnte nationale Zusammenhalt beruht. Ganz im Gegenteil, sie tut es, indem sie dieses Gleichgewicht noch stärkt. Weshalb? Weil die KdK, genauso wie ein Regierungskollegium, das Verbindende und nicht das Trennende sucht.

Ich ziehe daraus eine einfache Schlussfolgerung: Unser institutioneller Konsens ist ein unermesslich

wertvolles, politisches Gut. Lasst ihn uns als solches sehen und schützen.

Pascal Broulis ist Präsident des Waadtländer Staatsrats und Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen.